

FABIAN KINDERMANN

Humankapital,  
Einkommensunsicherheit  
und öffentliche  
Finanzpolitik

*Beiträge zur  
Finanzwissenschaft*  
29

---

**Mohr Siebeck**

# Beiträge zur Finanzwissenschaft

herausgegeben von  
Hans-Werner Sinn und Clemens Fuest

29





Fabian Kindermann

Humankapital,  
Einkommensunsicherheit und  
öffentliche Finanzpolitik

Mohr Siebeck

*Fabian Kindermann*, geboren 1984; 2008 Diplom-Wirtschaftsmathematiker; 2008–2012 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität Würzburg; 2012 Promotion.

e-ISBN 978-3-16-152296-3

ISBN 978-3-16-152256-7

ISSN 0340-675X (Beiträge zur Finanzwissenschaft)

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2012

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2012 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

FÜR KATHARINA



## Vorwort

Dieses Buch entstand im Zuge meiner Promotion am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft von Prof. Dr. Hans Fehr an der Universität Würzburg. Herr Fehr unterstützte und förderte mich in meinem Promotionsvorhaben von Anfang an uneingeschränkt, er hatte zu jeder Zeit ein offenes Ohr für Probleme und half mir, in der Wissenschaft meinen eigenen Weg zu finden. Zudem ermöglichte er mir den regelmäßigen Austausch mit anderen WissenschaftlerInnen auf nationalen und internationalen Konferenzen.

Prof. Matthias Doepke, Ph.D. hat die Rolle des Zweitgutachters übernommen. Ich freue mich bereits auf unsere Zusammenarbeit an der Northwestern University.

Mein langjähriger Arbeitskollege Herr Dr. Manuel Kallweit war mir während der Zeit der Promotion nicht nur ein kompetenter Ansprechpartner, sondern auch stets ein guter Freund. Ich habe die gemeinsame Zeit mit ihm in unserem Büro und auf mehreren Konferenzbesuchen sehr genossen. Die zahlreichen Gespräche während unserer wohlverdienten Kaffeepausen und Kneipenabende gaben mir immer wieder Kraft und Durchhaltevermögen.

Meine Familie, insbesondere meine Ehefrau Katharina und meine Eltern, unterstützte mich in all den Jahren meines Studiums und meiner Promotion bedingungslos und verschaffte mir stets den notwendigen Ausgleich zum Berufsleben.

Schließlich danke ich meinen Arbeitskollegen für das freundliche und kollegiale Arbeitsumfeld, der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung meines Promotionsprojekts (Forschungsbeihilfen FE 377/5-1 und FE 377/5-2), dem Network for Studies on Pensions, Aging and Retirement (Netspar) für die jahrelange hervorragende Unterstützung, sowie den Herausgebern Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn und Prof. Dr. Clemens Fuest für die Aufnahme dieses Buches in die Reihe „Beiträge zur Finanzwissenschaft“.

Würzburg, im Juli 2012





# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
1. Kapitel: Einleitung.....	1
2. Kapitel: Der methodische Rahmen .....	7
2.1. Dynamische allgemeine Gleichgewichtsmodelle .....	7
2.2. Marktunvollkommenheiten .....	10
2.3. Die Modellierung von Bildungsentscheidungen .....	12
2.3.1. Bildungsentscheidungen im Lebenszyklusmodell.....	14
2.3.2. Bildungsentscheidungen im allgemeinen Gleichgewicht.....	21
2.4. Anwendungsbeispiele in der Literatur .....	24
2.4.1. Studiengebühren oder öffentliche Bildungsfinanzierung .....	25
2.4.2. Humankapital und Alterssicherungssysteme.....	30
2.4.3. Optimale Besteuerung und Humankapitalbildung.....	34
3. Kapitel: Das numerische Simulationsmodell .....	37
3.1. Demographie, Ausstattung und intragenerative Heterogenität .....	39
3.2. Das Entscheidungsproblem der Haushalte.....	40
3.2.1. Die Rentenphase.....	41
3.2.2. Die Erwerbsphase .....	43
3.2.3. Formale Bildung und die Bildungsentscheidung .....	45
3.3. Intergenerative Transmission und Transfers .....	47
3.4. Die Unternehmen.....	48
3.5. Der Staat .....	49
3.5.1. Das Steuer- und Transfersystem.....	49
3.5.2. Das Rentensystem.....	50
3.6. Das allgemeine Gleichgewicht.....	50
4. Kapitel: Kalibrierung und Simulation .....	55
4.1. Kalibrierung des Ausgangsgleichgewichts .....	55
4.1.1. Demographie und Bildungsniveaus .....	55
4.1.2. Einkommensunsicherheit verschiedener Bildungsklassen.....	58
4.1.3. Humankapitalproduktion während der Erwerbsphase .....	60
4.1.4. Formale Bildungsentscheidungen.....	63

4.1.5. Haushaltspräferenzen .....	65
4.1.6. Produktionstechnologie.....	67
4.1.7. Die staatlichen Transfersysteme.....	67
4.2. Das Ausgangsgleichgewicht .....	70
4.3. Reformoptionen und die Messung von Wohlfahrt und Effizienz.....	73
4.4. Numerische Lösungsverfahren .....	76
4.4.1. Die Bestimmung von Preisen und Quantitäten .....	76
4.4.2. Das Optimierungsproblem der Haushalte.....	76
4.4.3. LSRA-Transferzahlungen .....	78
5. Kapitel: Die Einführung von Studiengebühren.....	79
5.1. Theoretische Vorüberlegungen: Die Produktionstechnologie.....	79
5.1.1. Modellbeschreibung .....	79
5.1.2. Analytische Modellergebnisse .....	81
5.1.3. Numerische Simulationen.....	83
5.2. Die Effekte der Einführung von Studiengebühren .....	85
5.2.1. Langfristige Effekte .....	86
5.2.2. Transitions-, Wohlfahrts- und Effizienzeffekte .....	92
5.3. Alternative Politiksznarien .....	95
5.4. Zusammenfassung.....	99
6. Kapitel: Reformoptionen des Rentensystems.....	101
6.1. Theoretische Vorüberlegungen: Implizite Steuern .....	102
6.2. Die Privatisierung des Rentensystems .....	107
6.2.1. Langfristige Effekte .....	108
6.2.2. Transitions-, Wohlfahrts- und Effizienzeffekte .....	113
6.3. Die Ausgestaltung der Rentenformel.....	115
6.3.1. Zwei extreme Szenarien .....	117
6.3.2. Die optimale Rentenformel.....	120
6.4. Zusammenfassung.....	121
7. Kapitel: Die Besteuerung von Einkommen.....	125
7.1. Die Besteuerung von Zinseinkünften.....	126
7.1.1. Zwei Reformszenarien zur Zinssteuer .....	126
7.1.2. Die optimale Höhe der Zinssteuer .....	130
7.2. Der optimale Lohnsteuertarif.....	131
7.3. Die Abschaffung der Einkommensteuer.....	134
7.4. Zusammenfassung.....	137
8. Kapitel: Fazit .....	139

Anhang .....	142
A.1. Das Ben-Porath-Modell.....	143
A.1.1. Das Grundmodell.....	143
A.1.2. Liquiditätsrestriktionen .....	145
A.2. Aggregation eines AR(1)-Prozesses über mehrere Jahre.....	146
A.3. Ableitung der Wertefunktion nach Transferzahlungen .....	147
A.4. Theoretische Vorüberlegungen: Die Produktionstechnologie.....	148
A.4.1. Ableitung von $A^*$ .....	148
A.4.2. Ableitung von $\tau$ .....	149
A.4.3. Ableitung von $c_{ui}$ .....	150
A.5. Theoretische Vorüberlegungen: Implizite Steuern.....	151
Literatur.....	154
Register.....	161



## Kapitel 1

# Einleitung

„17 Millionen Menschen, etwa ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands, nutzen Bildungsangebote in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen oder Hochschulen. 1.5 Millionen Menschen sind in diesen Institutionen mit pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Aufgaben beschäftigt. Jährlich werden knapp 25 Millionen Teilnehmer in der Weiterbildung verzeichnet. Damit gehört das Bildungswesen zu den zentralen Teilsystemen unserer Gesellschaft, die den Lebenslauf aller und den Alltag vieler Menschen beeinflussen. Jährlich werden dafür in Deutschland über 140 Milliarden Euro aufgewendet – etwa 6% des Bruttoinlandsprodukts; dies entspricht fast zwei Dritteln der Ausgaben für Gesundheit.“

Schon diese Zusammenfassung aus dem Bildungsbericht der Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008) zeigt die Bedeutung von Bildung für die Gesellschaft, aber auch für den Einzelnen. Bildung gilt als wesentliche Determinante des Einkommens. Diese Erkenntnis findet man schon in der frühen ökonomischen Literatur. Mit ihr geht das Verständnis einher, dass die Fertigkeiten von Arbeitnehmern bei der Berufsausübung, und damit verbunden auch das Potential zum Einkommenserwerb, als „Humankapital“ angesehen werden können. Dieser Begriff entstand als Analogie zu realem Kapital. Beiden Formen ist gemein, dass sie durch Investitionen gebildet werden und anschließend eine gewisse Rendite erzielen. Als Initialzündung eines breiten Literaturstrangs zum Thema Humankapital und dessen Determinanten gelten die Arbeiten von Mincer (1958) und Becker (1964), in denen die ersten Theorien zur „Humankapitalinvestition“ formuliert wurden. Mincer (1958) untersuchte anhand dieser neuen Theorie den Zusammenhang zwischen der Verteilung von Fähigkeiten und der von Einkommen. Er grenzt dabei als einer der ersten den Unterschied zwischen formaler Bildung, also Bildung in einer Schule oder Universität, gegenüber der Weiterbildung während der Erwerbsphase, dem sog. „training-on-the-job“, ab. Becker (1964) unterscheidet zusätzlich zwischen unterschiedlichen Formen formaler Bildung und berechnet deren Renditen. Natürlich sind die Überlegungen von Mincer (1958) und Becker (1964) auch heute noch gültig, jedoch wurden Theorie und empirische Methoden seither vielfältig erweitert. Werding et al. (2009) bieten einen Überblick über die Entwicklung der Humankapitaltheorie und analysieren die aktuelle Verteilung und Nutzung von Humankapital in Deutschland. Laut ihren Erkenntnissen unterscheidet sich die Erwerbseinkommenskapazität zwischen gering und hoch qualifizierten Ar-

beitnehmern in Westdeutschland um etwa 30 000, in Ostdeutschland um rund 20 000 Euro pro Jahr.

Die eigene Bildung zählt aber nicht nur als Determinante des Einkommens. Sie korreliert auch mit einer Reihe anderer Eigenschaften. So liegt die Beschäftigungsquote laut OECD (2009), unabhängig vom Geschlecht, bei Haushalten mit geringer Bildung bei rund 55 Prozent, bei Hochschulabsolventen hingegen bei rund 85 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass Arbeitslosigkeitsrisiken stark mit dem Bildungsniveau und damit dem Humankapitalbestand zusammenhängen. Dasselbe gilt für Arbeitsunfähigkeitsrisiken. Hagen et al. (2010) zeigen zum Beispiel, dass ein großer Teil der neuen Arbeitsunfähigkeitsrentner in Deutschland aus bildungsfernen Schichten kommt. Schließlich untersuchen Gaudecker und Scholz (2007) den Einfluss von Bildung auf die Lebenserwartung. Sie finden heraus, dass sich für diese ein Unterschied von 5 Jahren zwischen gering und hoch qualifizierten Arbeitnehmern ergibt.

Nicht nur für den Einzelnen spielt Bildung eine zentrale Rolle. Wie bereits im Eingangszitat erwähnt, gibt der deutsche Staat jährlich etwa 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für alle möglichen Formen von Bildungsmaßnahmen aus. Hierzu zählen neben Schulen und Hochschulen auch Kindergärten und Vorschulen, betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen, Lehrerfortbildungen und die Unterstützung der Volkshochschulen. Die Begründungen für solche staatlichen Eingriffe sind mannigfaltig. Einer dieser Gründe mag sein, dass Humankapitalinvestitionen neben den privaten Erträgen durch höheres Einkommen auch soziale Erträge aufweisen können. Diese schlagen sich im Wachstum der Volkswirtschaft nieder. Die Theorie dazu geht zurück auf die Arbeiten von Uzawa (1965), Romer (1986) und Lucas (1988). In diesen erweist sich Humankapital als zentraler Faktor für langfristiges Wachstum. Im Modell von Lucas (1988) wird dies über zwei Externalitäten realisiert: Einerseits bestimmt der durchschnittliche Humankapitalstock der Bevölkerung die Effizienz der Produktionstechnologie, andererseits vererbt sich dieser von Generation zu Generation weiter.

Vergleicht man ausgewählte Kennziffern des deutschen Bildungssystems im internationalen Kontext, so zeichnet sich ein eher düsteres Bild. Tabelle 1.1 zeigt für die Länder der OECD in der ersten Spalte den Anteil der Population zwischen 25 und 64, der einen Hochschulabschluss besitzt. Dieser liegt in Deutschland etwa 3 Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt. In der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen ist er sogar 12 Prozentpunkte geringer. Während es den anderen OECD-Länder also gelungen ist, den Anteil der Hochschulabgänger zu erhöhen, ist er in Deutschland sogar leicht rückläufig. Dies mag unter anderem an den Bildungsausgaben liegen. So zeigt die dritte Spalte die Ausgaben für Hochschulbildung als Anteil des Bruttoinlandsprodukts. Nur in Italien, der Slowakischen Republik und der Türkei sind diese noch geringer als in Deutschland. Interessant ist, dass die USA diese Liste mit Ausgaben in Höhe von 2.9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deutlich anführt. Betrachtet

Tabelle 1.1: Bildungspartizipation und Ausgaben im internationalen Vergleich

<i>Land</i>	<i>Tertiäre Bildung</i>			<i>Gesamt</i>
	<i>25-64</i>	<i>25-34</i>	<i>Ausgaben</i>	
Australien	33.7	40.7	1.6	5.7
Belgien	32.1	41.3	1.3	6.1
Dänemark	32.2	40.1	1.7	7.3
<i>Deutschland</i>	<i>24.3</i>	<i>22.6</i>	<i>1.1</i>	<i>4.8</i>
Finnland	36.4	39.3	1.7	5.8
Frankreich	26.8	41.4	1.3	5.9
Griechenland	22.7	28.1	–	–
Irland	32.2	43.9	1.2	4.7
Island	29.8	31.0	1.1	8.0
Italien	13.6	18.9	0.9	4.9
Japan	41.0	53.7	1.5	5.0
Kanada	48.3	55.8	2.7	6.5
Korea	34.6	55.5	2.5	7.3
Luxemburg	26.5	35.7	–	–
Mexiko	15.9	19.5	1.1	5.7
Neuseeland	41.0	47.3	1.5	6.3
Niederlande	30.8	36.7	1.5	5.6
Norwegen	34.2	42.7	1.2	5.4
Österreich	17.6	18.9	1.3	5.5
Polen	18.7	30.0	1.3	5.7
Portugal	13.7	21.4	1.4	5.6
Schweden	31.3	40.0	1.6	6.3
Schweiz	31.3	35.0	1.4	5.9
Slovakische Republik	14.1	17.5	1.0	4.3
Spanien	29.0	38.9	1.1	4.7
Tschechische Republik	13.7	15.5	1.2	4.8
Türkei	10.8	13.6	0.8	2.7
Ungarn	17.7	22.0	1.1	5.6
Vereinigtes Königreich	31.8	37.1	1.3	5.9
Vereinigte Staaten	40.3	40.4	2.9	7.4
<i>OECD Durchschnitt</i>	<i>27.5</i>	<i>34.2</i>	<i>1.4</i>	<i>5.7</i>

*Quelle:* OECD (2009)

man die Ausgaben für sämtliche formalen Bildungsmaßnahmen in der vierten Spalte, so zeichnet sich ein ähnliches Bild. Auch bei diesen bildet Deutschland zusammen mit Irland, Italien der Slowakischen Republik, Spanien, der Tschechischen Republik und der Türkei die Gruppe der Schlusslichter.

Sieht man diese Zahlen, so drängen sich eine Reihe von Fragen auf. Warum liegt der Anteil der Hochschulabsolventen in Deutschland so deutlich unter dem anderer Länder? Was determiniert die Bildungsentscheidung deutscher Haushalte und wie kann der Staat diese beeinflussen? Sind Bildungsausgaben der



einzigste Steuerungsmechanismus des Staates? Welche anderen Transfersysteme können positive oder negative Reaktionen bei Humankapitalinvestitionen hervorrufen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Volkswirtschaft? Welche Kompromisse muss der Staat eingehen, um alle seine bildungs- und verteilungspolitischen Ziele zu erreichen? Diese Fragen (zumindest in Teilen) zu beantworten, ist das Ziel der vorliegenden Arbeit.

Um diesem Ziel gerecht zu werden, wird ein Modell mit expliziten Bildungsentscheidungen entwickelt. Dessen Grundlage ist die Betrachtung des Lebenszyklus' eines Haushalts. Bettet man diesen in ein markoökonomisches Modell ein, so erhält man das allgemeine Gleichgewichtsmodell mit überlappenden Generationen. Vorteil dieses Modells ist, dass mit ihm nicht nur die Entscheidungen auf der Haushaltsseite, sondern auch die Interaktion des Haushaltssektors mit Unternehmen und insbesondere dem Staat untersucht werden können. Das gestaltet die Analyse staatlicher Politik besonders interessant, da ein Staatsingriff in diesem Modell neben Reaktionen auf der Haushaltsseite, sog. Erstrundeneffekten, auch Zweitrundeneffekte wie Anpassungen der Faktorpreise für Arbeit und Kapital sowie Variationen von Steuersätzen zum Ausgleich des Staatsbudgets hervorruft. Das verwendete Modell basiert auf der Arbeit von Heckman et al. (1998), die im nächsten Kapitel noch ausführlich beschrieben wird. Haushalte können in ihrem Modell auf zwei Arten in Humankapital investieren: durch formale Bildung und Weiterbildungsmaßnahmen während der Erwerbsphase. Damit ist die Bildung von Humankapital nicht auf die ersten Jahre des Lebenszyklus eingeschränkt. Die Kosten der Bildung beschränken sich auf reine Zeitkosten. Sämtliche nicht für Bildung aufgewendete Zeit nutzen die Haushalte zum Angebot von Arbeit. Arbeit unterschiedlicher Bildungsklassen ist in der Produktion nicht perfekt substituierbar, d.h. ein ungelernter Arbeiter kann nicht zur Entwicklung neuer Technologien eingesetzt werden. Als Resultat ergeben sich unterschiedliche Löhne für Haushalte mit verschieden langer Bildung. Bildungsrenditen sind damit endogen bestimmt.

Um eine sinnvolle Analyse staatlicher Politik zu ermöglichen, muss das Ursprungsmodell von Heckman et al. (1998) um mehrere Dimensionen erweitert werden. So wird das Entscheidungsproblem der Haushalte um Freizeitkonsum ergänzt. Damit ist nicht nur die Investition in Humankapital endogen, sondern auch dessen Nutzung. Als Resultat dieser Modellierung lassen sich Verzerrungen des Arbeitsangebots wesentlich detaillierter und realitätsnaher abbilden. Heckman et al. (1998) unterscheiden in ihrem Modell Individuen mit unterschiedlichen Fähigkeiten bei der Produktion neuen Humankapitals. Diese Differenzierung findet auch im in dieser Arbeit verwendeten Modell statt, allerdings ist die Verteilung der Fähigkeiten über die Bevölkerung endogen. Dazu wird angenommen, dass die Fähigkeiten eines Agenten maßgeblich vom Bildungsabschluss seiner Eltern bestimmt werden. Diese Annahme ist auf Ergebnisse der Literatur gestützt, die besagen, dass ein Großteil der kognitiven Fähigkeiten eines Kindes bereits früh determiniert sind und sehr stark mit de-

nen der Eltern korrelieren, vgl. Carneiro und Heckman (2002). Kinder von hochgebildeten Eltern haben es also leichter, einen hohen Bildungsabschluss zu erreichen. Da von einer Modellierung von Altruismus der Eltern gegenüber den Kindern abgesehen wird, verursacht Bildung externe Effekte denn eine Erhöhung des Bildungsstands der aktuellen Bevölkerung erwirkt automatisch eine Chancenverbesserung für künftige Generationen. Um eine Begründung für Staatseingriffe zu schaffen, treffen Haushalte ihre Entscheidungen unter einer Reihe unversicherbarer Risiken. So sind der Sterbezeitpunkt und die Arbeitsproduktivität stochastisch. Auch formale Bildungsentscheidungen unterliegen der Unsicherheit. So ist ex ante nicht klar, ob ein Haushalt das von ihm angestrebte Bildungsziel auch wirklich erreichen kann. Die Menge der Marktvollkommenheiten wird durch die Annahme der Nichtexistenz eines Marktes für Kredite komplettiert.

Auch auf der Seite des Staates wird das Ursprungsmodell von Heckman et al. (1998) signifikant ausgebaut. So werden Bildungsausgaben explizit modelliert. Da deren Höhe von der Anzahl der Studenten abhängt, entsteht durch einen Anstieg der Schüler- und Studentenzahlen auch ein größerer Finanzbedarf bei der Bereitstellung der Bildungstechnologie. Das Steuersystem wird um Konsumsteuern, einen progressiven Lohnsteuertarif, Freibeträge bei der Zinsbesteuerung und Staatsverschuldung erweitert. Zusätzlich wird ein umlagefinanziertes, beitragsäquivalentes Rentensystem modelliert, das die Haushalte zumindest teilweise gegen das Risiko der Langlebigkeit versichert.

In diesem Modell, dessen Kalibrierung mit Hilfe von Makro- und Haushaltsdaten der Bundesrepublik Deutschland erfolgt, wird die Wirkung staatlicher Steuer- und Transfersysteme auf Bildungsentscheidungen, die Makroökonomie, die Wohlfahrt der Haushalte sowie die gesamtwirtschaftliche Effizienz untersucht. Das Vorgehen ist dabei immer gleich. Zunächst werden die einzelnen Effekte einer bestimmten Reform im Detail besprochen. Anschließend folgt der Versuch, ein optimales System unter Effizienzgesichtspunkten abzuleiten. Die Untersuchungsgegenstände der Arbeit sind das System zur Finanzierung der Hochschulbildung, das Rentensystem und die Einkommensteuer. Neben der sehr detaillierten Modellierung der Haushaltsentscheidungen und des Staatssektors unterscheidet sich diese Arbeit von anderen auch durch die Betrachtung der Transitionsdynamik von Reformen. Mit dem vorliegenden Modell können also nicht nur langfristige, sondern auch kurzfristige Implikationen von Reformvorhaben quantifiziert werden. Da sich kurzfristige und langfristige Wohlfahrtswirkungen deutlich unterscheiden können, wird zur Ermittlung der Effizienzwirkung einer Reform der Mechanismus einer „Lump-Sum Redistribution Authority“ à la Auerbach und Kotlikoff (1987) eingesetzt. Dieser ermöglicht es, ein Reformvorhaben anhand einer einzigen Zahl zu beurteilen und unterschiedliche Reformen untereinander zu vergleichen.

Die Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Das folgende Kapitel bettet den verwendeten methodischen Rahmen in die bereits existierende Literatur ein. Anschlie-